

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt. C. 130 Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsliste Nr. 3164

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland.

Es ist richtig, daß nicht alles, was in diesen unruhigen Kriegstagen geredet und geschrieben wurde, Bestand hat. Sowohl deutsche Professoren — man braucht nur an Sombarts abichrendes Beispiel „Gelden und Händler“ zu denken — als auch Arbeiterführer haben an Ueberheblichkeiten und Optimismus mancherlei geleistet.

Jetzt, nach einem reichlichen Kriegsjahr, haben wohl die meisten ihre kühl-kritische Betrachtungsweise wiedererlangt. Und das ist gut so.

Anders steht es indessen mit jenem Teil der deutschen Arbeiterschaft und seiner geistigen Interpreten, die der Haltung der deutschen Reichstagsfraktion nicht zustimmen konnten. Sie erhebt sich in Versammlungen, Konferenzen und Zusammenkünften immer mehr! Und in dem Maße als ihre anfänglichen Hauptargumente (die Schuldfrage nach den „Urhebern“ des Weltbrandes) durch Veröffentlichung aus den belgischen Archiven und vieler anderer neuer Dokumente ins Wesenlose schwinden, wird nun die taktische Frage — das Verhältnis von Regierung und Arbeiterschaft, sowie zu den bürgerlichen Parteien — als Prinzipienfrage nach ältestem Schema in den Vordergrund der Debatten gerückt und in jeder ausgesprochenen Hoffnung nach größerer politischer Bewegungsfreiheit oder sozialerer Gestaltung bestimmter Gebiete im neuen Deutschland eine Art „Parteiwerbrechen“ geübt.

Daß der „Vorwärts“ mit seiner planmäßigen Verschweige- und Verärgerngstaktik viel dazu beiträgt, diese dauernd unerträgliche und die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schwer schädigende Unduldsamkeit anders gearteter Auffassungen so stark aufkommen zu lassen, ist uniere feste Ueberzeugung.

Unter solchen Umständen ist es von besonderer Bedeutung, wenn in einem Buch*) der erstmalige Versuch gemacht wird, den positiven Beweis zu erbringen, daß bei striktester Wahrung der eigenen Grundsätze ein Nebeneinanderarbeiten, ein geistiges, politisches und wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Professoren und Sozialpolitikern sehr wohl möglich ist.

Wir meinen auch, wer ohne Voreingenommenheit die 20 Aufsätze durcharbeitet, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können: Würde dieser erste Versuch auch weiterhin Bestand haben. Niemand vergißt sich etwas, wenn er die anders geartete Betrachtungsweise bürgerlicher Sozialpolitiker selber kennen lernt, anstatt — wie bisher fast ausschließlich — auf die kritisch-parteiöffentliche Darstellung angewiesen zu sein. . . .

Zu Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zeigten sich in der politischen und literarischen bürgerlichen Welt Deutschlands so etwas wie Ansätze zu stär-

kerem sozialen Leben. Das Sozialistengesetz war gefallen und überall — nicht nur unter den Arbeitern — machte sich ein begeisternder Wille zu regerer Anteilnahme an politischen und sozialen Bestrebungen bemerkbar.

Die „Gesellschaft für Ethische Kultur“, Egidy und sein vielseitiger Anhang, die Bodenreformer, weiter die Arbeiter-Bildungsschule wie auch die Freie Volkshöhe wurden gegründet. In der Partei lösten sich freilich die „Jungen“ los, weil sie nicht genügend „Aktion“ wähten, während in den Gewerkschaften die lebhaftesten Erörterungen über das Wesen der Unterstützungseinrichtungen, Tarifverträge, Lokal- oder Zentralverband einsetzte. Wer diese Zeit der Gärung und des mannigfaltigen Widerspiels der verschiedensten Kulturbestrebungen mit empfänglicher Seele durchlebte, dem sind die beiden nachfolgenden Jahrzehnte (bis Ausbruch des Krieges) immer nur ein allmähliches Werden dessen gewesen, was damals programmatisch gefordert, disutiert und als „Glaubensbekenntnis“ einzelner angesehen wurde.

Und doch kam hin und wieder in den letzten Jahren so etwas wie Wehmut in uns, wenn wir zu sehen glaubten, daß in Partei wie Gewerkschaft ein so frischer, beweglicher Zug der Probleme und Fragestellungen nicht vorhanden war, sondern einzig jeweilig auftauchende taktische Streitfragen in unendlicher Wiederholung den Hauptdiskussionsstoff bildeten. Von den bürgerlichen Strömungen war außerhalb der sozialpolitisch interessierten Welt überhaupt nicht viel geliebt, was man mit Zug und Recht als Kulturströmung in unserem Sinne bezeichnen könnte. . . .

Daß nun der Weltkrieg, der Deutschlands änerste Anspannung auf allen Gebieten erbeizte, wieder so etwas wie Empfänglichkeit für gegenseitiges Verstehen weiter Volkskreise geschaffen hat, erscheint uns ganz sicher. Dafür ist das vorliegende Buch in der Tat ein verdienstliches Beweisstück.

Man braucht beileibe nicht allen Ausführungen der verschiedenen Verfasser zuzustimmen — das wird auch von keinem Leser verlangt —, aber wir möchten diesem Buche dennoch große Verbreitung wünschen. Es würde zu weit führen, wollten wir auf den Inhalt aller Aufsätze eingehen, so beschränken wir uns auf die nachfolgende Inhaltsangabe: Professor Duden behandelt den Weg der Deutschen zur einigen und freien Nation, Meinecke das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Machtpolitik, Anshütz die künftigen Staatsreformen, Franke die Mitwirkung der Arbeiter an den öffentlichen Aufgaben in Deutschland, Jaffé die Vertretung der Arbeiterinteressen im neuen Deutschland, Zimmermann die Verbrauchswirtschaft und Arbeiterbewegung nach dem Kriege, Dönnies die Sozialpolitik nach dem Kriege, Troeltich die Kirchen- und

*) Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Herausgegeben von Dr. Emil Dittmer und C. Legien. Verlag: E. G. Vogel, Leipzig. Preis 2 Mk. Durch die Gewerkschaften bezogen 70 Pf. 222 Seiten.

Religionspolitik im Verhältnis zur Sozialdemokratie, Natorp erörtert die Wiedergeburt unseres Volkes nach dem Kriege und Thimme schließlich die gemeinsame Arbeit und den Weg zum inneren Frieden. Von unserer Seite unterrichtet Koske das Verhältnis von Krieg und Sozialdemokratie, Winnig den Krieg und die Arbeiterinternationale, Scheidemann die neue Orientierung der inneren Politik, Hirsch die Gemeindeverfassung, Legien behandelt die Gewerkschaften, Heinemann das Arbeiterrecht nach dem Kriege, Vensch die Neugestaltung der Wirtschaftsordnung, Schmidt neue Wege in der Sozialpolitik, Umbreit die Arbeitslosenfürsorge und Heinrich Schulz die Schulen nach dem Kriege.

Zimmerlin geben wir, gewissermaßen zur Probe, hier einen kleinen Auszug der Darlegungen des bürgerlichen Mitberaters Dr. Thimme (Mal. preußischer Bibliotheksdirektor des Herrenhauses). Er hält in seinem Schlussartikel ein verständnisvolles Zusammenwirken der bürgerlichen Parteien mit den Arbeitern für erforderlich und sagt:

„Es darf uns auch nicht das Bedenken irre machen, als könnten wir auf dem Wege sozialer Reformen unversehens in den Sozialismus hinabgleiten. Wenn der Begriff des Sozialismus je für uns ein Schrecken sein dürfte, heute im Kriege kann es nicht der Fall sein. Wir leben ja mitten in einem Kriegssozialismus oder Staatssozialismus; wir sehen in ihm unser Heil und halten den Staat dazu an, den Egoismus des Erwerbsstrebens, der das Allgemeinwohl bedroht, immer mehr einzuschränken. . . . Wir werden uns in Zukunft jedenfalls dem Problem, ob und inwieweit unsere heutige Wirtschaftsordnung, der Gegenwartsstaat, der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Sozialismus, dem Zukunftsstaat näher zu führen ist, nicht leicht mehr entziehen können. Es ist auch gar nicht abzusehen, warum gerade wir als eine aufsteigende Nation mit großer Zukunft . . . uns hüten müßten, auf diesem Gebiete voranzugehen.“

Wenn es aber noch eines Beweises bedürfte, daß solche Auffassung der Dinge, solche Neuorientierung, sich nicht allzeit vollzieht, sondern erhebliche Widerstände auf den verchiedensten Seiten finden wird, so braucht man nur die „Arbeiterzeitung“ lesen. Sie hat sich ja in diesen Kriegsmonaten redliche Mühe gegeben, wenigstens einiges hinzuzulernen. Aber nun wüßte ihr doch zu hant und unter dem Titel „Zukunftspolitik“ faucht sie gehörig los und verdonnert gleich das ganze Buch von A bis Z. Hier eine kleine Probe:

„Mit schönem Enthusiasmus verherrlichen die bürgerlichen Artikel der Sammlung die Ideale der Freiheit und Gleichheit. Die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit, das ist das erhabene Ziel, und dem deutschen Volke ist das ehrenvolle Schicksal beschieden, auf diesem Wege der Menschheit als Führer zu dienen! Und verschiedene der gelehrten Herren sind der Meinung, daß uns bei solchem Beginnen die Bundesgenossenschaft der Sozialdemokratie wohl von großem Nutzen sein könnte. Viel Fleiß und Scharfsinn haben sie darauf verwandt, die großen geistigen Strömungen der Neuzeit zu erfassen und innerhalb derselben auch dem Sozialismus seine rechte Stellung anzuweisen. Ach, würden die Herren nur hin und wieder den Blick aus dem Studierzimmer hinaus richten, um sich davon zu überzeugen, was aus den Kulturvätern der Gleichheit und Freiheit unter sozialdemokratischen Händen wird und werden muß. Sie würden schnell aus dem schönen Traum, daß dies der Weg zum wahren Fortschritt ist, erwachen! Ein läßliches Unternehmen, den Weg zum Frieden bahnen zu wollen! Aber betriff man ihn wirklich, wenn man fortgesetzt predigt, das Alte sei schlecht und unvollkommen gewesen, es müsse an allen Ecken und Enden eingestrichen, umgebaut, erneuert werden?“

Daraus folgert nun für uns die alte Selbstverständlichkeit, daß zur Erringung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung auch im neuen Deutschland die Machtentfaltung der Arbeiterorganisationen unerlässlich ist. Je geschlossener und gefestigter wir nach dem Kriege dastehen, um so einflussreicher werden wir sein.

Die Anwendung aus dieser Pessimwahrheit zu ziehen ist Aufgabe all derer, die uns noch fern stehen. E. D.

Die Teuerungszulagen im Gau Hamburg.

Als Ende April 1915 der Vorstand des Deutschen Städtetages an die als Mitglieder ihm angeschlossenen 187 Stadtgemeinden mit je mehr als 25 000 Einwohnern eine Umfrage über Teuerungszulagen für städtische Arbeiter und Angestellte richtete, war das Ergebnis, daß von den befragten Stadtgemeinden 60 Teuerungszulagen bewilligt hatten, 31 andere waren in Verhandlungen über die Teuerungszulagen begriffen und alle übrigen wollten sich dieser Forderung gegenüber ablehnend verhalten. Ende August wurden nun aber schon 170 Stadtgemeinden gezählt, die Teuerungszulagen für ihre Arbeiter bewilligten. Unter diesen Gemeinden ist eine größere Anzahl mit weniger als 25 000 Einwohnern.

Wir können also als festgestellt ansehen, daß zwar in einer größeren Anzahl Stadtgemeinden Verständnis dafür vorhanden ist, daß unter den zurzeit herrschenden Teuerungsverhältnissen die Teuerungszulagen für Arbeiter notwendig sind, wir müssen aber auch weiter als erwiesen annehmen, daß in vielen Stadtgemeinden es den Arbeitern und Arbeitervertretungen schwer gewesen sein wird, Teuerungszulagen zu erlangen, und daß immer noch eine große Anzahl Stadtgemeinden keine Teuerungszulagen bewilligt haben.

Alle zu unserem Gau Hamburg gezählten Stadtgemeinden, nämlich Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg, haben Teuerungszulagen bewilligt. Als im April d. J. der Deutsche Städtetag seine Umfrage veranstaltete, konnte in unserem Gau nur erst Hamburg allein in der Gesamtliste derjenigen Städte, die Teuerungszulagen bewilligt hatten, vermerkt werden. (Die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck sind dem Deutschen Städtetag nicht angeschlossen. Daher sind Lübeck und Hamburg unter den 60 Städten, die im April schon Teuerungszulagen gewährt, nicht mitgezählt, obwohl auch sie bewilligt haben.) Später haben dann auch Altona, Wandsbek und Harburg Teuerungszulagen bewilligt. Dies hat aber an einigen Stellen eines starken, sogar mehrfach verstärkten Druckes bedurft. An den Zulagen an sich, wie auch an der durch sie erfolgten Regelung der Lohnverhältnisse haben wir auch viel zu bemängeln; die Löhne entsprechen ihrer Höhe nicht entfernt der Verteuerung der Lebensunterhaltungsmittel.

Für die Arbeiter des hamburgischen Staates wurde durch Senatsbeschluß vom 28. April 1915 die Teuerungszulage eingeführt, und zwar vom 1. Mai an auf die Dauer von drei Monaten. („Gewerkschaft“ Nr. 20.) Anfangs Juli beantragten nun die Arbeiterausschüsse, die Teuerungszulage über den 31. Juli hinaus bis auf weiteres zu verlängern. Es wurde zugleich eine Erweiterung der Zulage beantragt, nämlich, die letztere bis zu einem regulären Jahreseinkommen von 2500 Mk. zu gewähren, des weiteren wurde über Mängel in der Durchführung des Senatsbeschlusses Beschwerde erhoben. Es wurde vorgebracht: den Schichtarbeitern darf ihr Lohn für Sonntagsarbeit nicht als reguläres Jahreseinkommen angerechnet werden; auch den Tagelohnarbeitern muß die Zulage für auf Werkstage fallende Feiertage gezahlt werden, selbst wenn die betreffenden Arbeiter an diesen Tagen nicht arbeiten; erkrankten Arbeitern ist die Zulage fortzuzahlen, und zwar auf die Dauer der Krankheit; falls die Teuerung im wesentlichen unermindert andauert, dürfen im nächstkommenden Winterhalbjahr die sonst bei den im Freien beschäftigten Arbeitern üblichen Lohnkürzungen nicht eintreten.

Die Teuerungszulage ist nun wieder weiter bewilligt worden, aber auch nur wieder auf die Dauer von drei Monaten, also bis zum 31. Oktober 1915. Sie beträgt 3 Mk. wöchentlich für Arbeiter, die im eigenen Haushalt nahe Angehörige unterhalten; für andere Arbeiter sowie für Arbeiterinnen die Hälfte, also 1,50 Mk. wöchentlich. (Daß Arbeiterinnen, die im eigenen Haushalt nahe Angehörigen Unterhalt gewähren, ledigen Arbeitern gleichgestellt sein sollen, steht nicht im Senatsbeschlusse vom 28. April 1915, steht auch ja doch im Widerspruch mit diesem Beschlusse.) Der Antrag, erkrankten Arbeitern die Zulage fortzuzahlen, führte zu der Regelung, daß die Zulage gewährt werden soll, wenn Lohnfortzahlung stattfindet nach der Senatsverordnung vom 11. Dezember 1903. Der wichtige Antrag, den im Putzwesen beschäftigten Arbeitern im nächsten Winter die Sommerlöhne zu gewähren, wurde „bis auf weiteres“ abgelehnt. Alle anderen Anträge sind noch nicht entscheidend beantwortet.

In Altona wurde gleichfalls die Teuerungszulage auf weitere drei Monate, nämlich bis zum 31. Oktober verlängert, und es bleibt bei den bisherigen Sätzen: Monatlich 5 Mk. für Arbeiter, die nur für sich allein zu sorgen haben, 8 Mk. für diejenigen, die pflichtgemäß im eigenen Haushalt Angehörige unterhalten, und außerdem 2 Mk. für jedes Kind unter 15 Jahren; in allen Fällen

nach dem Stande der persönlichen und familiären Verhältnisse am 1. Mai 1915.

Nachdem in Wandsbek die von den dortigen städtischen Arbeitern an den Magistrat gerichtete Eingabe, allen städtischen Arbeitern der Stadt Wandsbek eine Feuerungszulage zu gewähren, unberücksichtigt blieb, der Magistrat dann nur den verheirateten Arbeitern eine Zulage bewilligen wollte, dieser Antrag an die Stadtverordneten nun aber von der Mehrheit derselben abgelehnt wurde, beantragten die Arbeiter, es möge mindestens den Arbeitern, die Kinder oder sonstige nahe Angehörige zu versorgen haben, eine der Schwere dieser Lasten verhältnismäßige Zulage gegeben werden, und zwar nicht weniger als 6 M. für ein Kind, 10 M. für zwei Kinder und 3 M. für jedes Kind mehr monatlich. Der Magistrat hatte zunächst die Absicht, nur 3 M. monatlich für jedes Kind zu geben, er erklärte dann aber in einer Stadtverordnetenversammlung, der Arbeiterantrag sei vorzuziehen, und beantragte die von den Arbeitern geforderten Mindestsätze. Die Mehrheit der Stadtverordneten erteilte nun diesem ihre Zustimmung. Die Zulage wird vom 1. Juli an gezahlt und ist auf Kriegsdauer bewilligt.

Den städtischen Arbeitern der Stadt Harburg wurde zweimal vom Magistrat der Bescheid erteilt, eine Feuerungszulage könne nicht gegeben werden. Die Arbeiter brachten ihren Antrag zum drittenmal ein. Nunmehr kam der Magistrat zu einem für die Arbeiterchaft besseren Entschluß. Er beantragte in der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli, für die Dauer des Krieges verheirateten städtischen Arbeitern und solchen, die ihnen durch Führung eines eigenen Haushalts gleichstehen, Lohnzulagen zu geben, wenn das Lohn Einkommen weniger als 1500 M. jährlich oder 20 M. wöchentlich beträgt, und zwar 20 Pf. täglich; hat aber der Arbeiter zwei bis drei Kinder unter 14 Jahren, bekommt er 25 Pf. täglich, hat er mehr als drei Kinder unter 14 Jahren, bekommt er 30 Pf. täglich. Diese Vorlage wurde beschlossen.

Die Feuerungszulagen bedürfen auch in unserem Gau Hamburg noch größerer Verbesserung in mehrfacher Beziehung. Eine durch diese Tatsachen gegebene Mahnung an die staatliche resp. städtische Arbeiterchaft: Haltet zur Organisation, zum Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913.

I. Die Krankenversicherung.

Die neugefasste Reichsversicherungsordnung hat auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine Reihe weitgehender Änderungen herbeigeführt, die besonders auch die Organisation der Krankenversicherung veränderten. Seit 1912 sind bereits die Hilfsklassen als Träger der Versicherung fortgefallen und mit Beginn des Jahres 1914 sind die Gemeindekrankenklassen und Baukrankenklassen aufgehoben und die Landkrankenklassen neu eingeführt worden. Durch diese Änderungen wird die Vergleichbarkeit der Jahresstatistiken mit den früheren bis zum Jahre 1911 stark beeinträchtigt, und erst mit der fortschreitenden Zeit wird dieser Mangel allmählich überwunden werden.

Die fünf Klassenarten, welche nach dem Anscheiden der beiden Hilfsklassengruppen für die Statistik noch in Frage kommen, zählten 1913 zusammen 21342 (1912: 21659) Massen, ihre Zahl ging gegen das Vorjahr um 317 zurück. Dagegen stieg die Zahl der Massenmitglieder um 348768. Es waren in allen Massen 1913: 13586473 (13217795*), darunter 4127401 weibliche Mitglieder vereinigt. Rechnet man zu dieser Zahl noch die 932877 Personen hinzu, die 1912 den Anapptistenklassen angehört (für 1913 liegen Angaben noch nicht vor), so ergibt sich, daß 1913 insgesamt rund 14½ Millionen Personen gegen Krankheit versichert waren, das ist über ein Fünftel der Gesamtbewölkerung des Deutschen Reiches. Nicht eingeschlossen sind hierbei die Mitglieder der Ersatzklassen, doch handelt es sich bei diesen Massen wohl hauptsächlich um doppeltversicherte Personen.

Läßt man die Gemeindeversicherung, da sie jetzt nicht mehr besteht, außer Betracht, so haben die Betriebskrankenklassen mit 36,1 Proz. den größten Anteil an der Gesamtzahl der Massen. Trotzdem bilden die Ersatzklassen den überwiegenden Bestandteil der Krankenversicherung, denn sie vereinigen mit 57 Proz. reichlich die Hälfte aller Mitglieder. Ihre Bedeutung drückt sich denn auch in der verhältnismäßig hohen Durchschnittsquote aus, die auf jede Masse an Mitgliedern entfällt. Auf jede Ersatzkrankenklasse kommen

im Durchschnitt 1654 und auf jede Betriebskrankenklasse 482 Mitglieder, während die Durchschnittsrate aller Massen 635 Mitglieder beträgt.

Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle steigerte sich von 5633956 im Vorjahre auf 5710251 im Jahre 1913. Das ist ein Mehr von 76295 Fällen, das ungefähr der gestiegenen Mitgliederzahl entspricht. Auf je 100 Mitglieder kamen 1912 42,6 und 1913 42,1 Krankheitsfälle. Der Stand der Erkrankungsfälle ist demnach gegen das Vorjahr um ein geringes günstiger geworden. Das gleiche kann jedoch nicht von der Krankheitsdauer gesagt werden, hier ist eine Verschlechterung eingetreten. 1912 kamen auf je 100 Mitglieder 449 und 1913 865 Krankheitsstage (Unterstützungstage). Die Dauer eines Erkrankungsfalls betrug im Durchschnitt 1912 19,9 und 1913 20,6 Krankheitsstage.

Auch die Sterblichkeitsziffer stellt sich 1913 günstiger als im Vorjahre. Es sind 81581 Sterbefälle zu verzeichnen, darunter 62212 männlicher und 19369 weiblicher Personen. Hierbei sind indes die Sterbefälle bei der Gemeindeversicherung nicht einbezogen, da diese keine Sterbunterstützung gewährt. Auf je 100 Mitglieder kamen 1912 0,72, dagegen 1913 0,69 Sterbefälle.

Die Entwicklung der Krankenversicherung zeigt eine ständige Aufwärtsbewegung ihrer Leistungen. Die Krankheitskosten sind in einer fortgesetzten Steigerung begriffen, von 1912 auf 1913 ist die Erhöhung dieser Ausgaben sogar erheblich. Es betrug die Gesamtsumme an Krankheitskosten 390686552 M. (339737713 M.), sie wuchsen 30948839 M. mehr aus als 1912. Der auf jedes Massenmitglied entfallende Durchschnittsanteil an Krankheitskosten stieg von 27,22 M. im Jahre 1912 auf 28,80 M. im Berichtsjahre. Es wurden verausgabt: für ärztliche Behandlung 93941390 M. (85633295 M.), für Arznei und Heilmittel 60317655 M. (54706040 M.), für Kur- und Pflegekosten in Heilanstalten 58933621 M. (53553500 M.), für Retowaleisenteufelwege 341816 M. (307475 M.), an Krankeneid 161541356 M. (150398141 M.), für Wäscherinnen 7578774 M. (7206043 M.), und an Sterbegelder 8031940 M. (7932919 M.).

Die Gesamtausgaben der Krankenversicherung beliefen sich 1913 auf 515746575 M. (481392169 M.), darunter befinden sich 25251065 M. Ausgaben für die Verwaltung. Die Gesamteinnahmen betrugen 1913 539327974 M. (503948705 M.), die Vermögensbestände bezifferten sich auf 310867936 M. (307231994 M.) und in den Reservefonds waren vorhanden 285915199 M. (281391704 M.).

In die Statistik nicht mit einbezogen sind die Ersatz- und Anapptistenklassen. Für letztere liegen Angaben erst für 1912 vor. Die Zahl dieser Massen geht ständig zurück, 1912 bestanden 153, in welchen 932877 Personen, darunter 14221 weibliche, gegen Krankheit versichert waren. Es traten 539276 Erkrankungsfälle ein, die zusammen 9125188 Krankheitsstage ausmachten. Die Gesamtausgaben betrugen 40972614 M., darunter 3893254 M. an Krankheitskosten. Vereinnahmt wurden 47452620 M. und die Vermögensbestände bezifferten sich auf 31511679 M.

• Wochenbericht vom Krieg •

Berlin, den 6. September 1915.

Die letzte große russische Zeitung im nordöstlichen Kriegsgebiet, Grodno, ist nun auch gefallen. Gleichzeitig wird die Gesamtbeute vom August bekanntgegeben. Von deutschen Truppen wurden erbeutet: 2000 Offiziere, 269839 Mann, über 2200 Geschütze, über 500 Maschinengewehre; von österreichischen Truppen: 190 Offiziere, 53299 Mann, 34 Geschütze, 123 Maschinengewehre. Insgesamt also: 323000 Gefangene. Seit Beginn der Offensive (2. 5.) sind weit über 1 Million Gefangene gemacht von beiden Truppenverbänden. In neutralen Ländern (Schweiz) werden die Gesamtverluste (Gefangene, Tote, Vermundete) der Russen seit Ausbruch des Krieges auf 5½ Millionen geschätzt. Da wird man in Frankreich wie England vergeblich auf den strategischen Rückzug mit späterer Offensive hoffen. Auch England hatte nach amtlicher Aufstellung bis Mitte Juli bereits 330000 Verluste. -- Mittlerweile hat sich auch die deutsch-amerikanische Differenz wegen Verletzung der „Arabic“ und „Luftania“ fast ganz erledigt durch die Erklärung der deutschen Regierung, in Zukunft kein Passagierschiff ohne Warnung und Rettungsgelegenheit zu torpedieren; es sei denn, das U-Boot werde angegriffen, oder das Schiff macht Abwehrversuche. Wir hatten diese Regelung auch im Interesse der Reisenden für geboten. -- Im Südosten scheint sich nach Säuberung Galiziens ein neuer großer

* Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Vergleichszahlen des Jahres 1912.

Kriegsplan in Polhnen und Bessarabien zu entwickeln. Aldam dürfte die eingeklemmte Lage Rumäniens diesen Staat zur Entscheidung drängen. An den Tardanellen wie am Psonzo und auf der ganzen Westfront steht unsere eberne Mauer. — Allerlei Friedensgerüchte kommen von Amerika und England. Leider scheinen es nur Gerüchte zu sein!

Nachstehend Einzelvorgänge: 29. August. Armee v. Eichhorn (Hindenburg) dringt nordöstlich Clita vor. 1600 Gef. 7 Geschütze. — Lipsk (am Pabr) wird erümt. — Armee Prinz Leopold verfolgt scharf bei Suchopol. — Armee von Radensien dringt östlich Pruzana und südlich Kobryn (Galizien) vor. Viele Tausende (hauptsächlich Frauen und Kinder!) der Zivilbevölkerung werden von den Russen gewaltsam mit fortgeschleppt! — Die österreichischen Südmarsen dringen bis an die Strypa vor. — 30. August. Im den Prädenlopf von Friedrichstadt (Murland) wird gekämpft. — Ostlich vom Nemen weiteres Vordringen. 2000 Gef. — Nowydwor und Musnica sind erreicht. — Armee v. Radensien gewinnt den Muchowez-Abchnitt. 3700 Gef. — Im Südosten (an der Strypa) starke Gegenstöße der Russen. — Oesterreicher dringen nördlich von Luck vor. 1500 Gef., viel Kriegsmaterial erbeutet! — 31. August. Vordringen auf der Ostfront. — Festung Luck von den Oesterreichern erümt! — In den letzten Tagen sind in Czagalizien 36 Offiziere, 15250 Russen von den Oesterreichern gefangen. — 1. September. In den Pogesen ist die Stammlinie am Vingerlopf wieder in deutschen Händen. — Neuere westliche Fortlinie von Grodno ist gefallen. Die übrigen Werke der Westfront sind geräumt. Beute: 3070 Gef., 4 schwere Geschütze, 3 Maschinengewehre. — Armee Prinz Leopold erkämpft Najiolda-Nebergänge. 1000 Gef. — Auf der Verfolgung im Südosten 1000 Gef. — Ueberall werden die Russen in Czagalizien zurückgeworfen bis an den Sereth. — 2. September. Armee v. Hindenburg stürmt Prädenlopf bei Lennowaden (Murland) 350 Gef. — Vor Wilna hatten Russen schwere blutige Verluste. — Stadt Grodno wird (im Häuserkampf!) gestümt. 400 Gef. — Armee v. Gallwiz dringt bis Swisloez vor. 3000 Gef., 1 Geschütze, 18 Maschinengewehre. — Im Südosten östlich Brody und westlich Dubno (Polhnen) heftige Kämpfe. — 3. September. Prädenlopf von Friedrichstadt (Murland) ist erümt. 37 Offiziere, 3325 Mann gef., 5 Maschinengewehre. — An der Wilna vergebliche russische Angriffe, 800 Gef. — Festung Grodno mit sämtlichen Forts erobert. 2700 Gef., 6 schwere Geschütze. — Armee v. Gallwiz greift nordöstlich des Wialo-

wiesloforstes an. 800 Gef. — Türkisches Küstenwachtschiff hat im Marzaramer ein feindliches U-Boot mit Besatzung versenkt. — Die Oesterreicher dringen am unteren Sereth und nördlich Galosce vor. 2600 Gef. — 4. September. Ostlich von Grodno weichen die Russen. Insgesamt hier und bei Wolkowyst 4120 Gef. — Armee Prinz Leopold macht Fortschritte bei Nowydwor (400 Gef.) — Armee v. Radensien gewinnt den Prädenlopf von Martuska. — Die Oesterreicher dringen in Polhnen und Czagalizien langsam vor, da starke russische Gegenangriffe. 30 Offiziere, über 3000 Russen gefangen. — An der italienischen Grenze erhöhte aber vergebliche Angriffe. — In den Tardanellen wird wieder ein feindliches U-Boot zum Sinken gebracht. Besatzung (28) gefangen. Alle englisch-französischen Angriffe auf Gallipoli sind abgewiesen.

• RUS DEN STADTPARLAMENTEN •

Kriegs-Teuerungszulage.

Bremen. Unser Verband hatte beim bremischen Senat beantragt, eine gleichmäßige wöchentliche Teuerungszulage von 3 Mk. allen vom Staate beschäftigten Arbeitern zu bewilligen. Diesen Antrag lehnte der Senat leider ab. Er hat sich aber nicht ganz der Einsicht verziehen können, daß eine Teuerungszulage am Platze ist und beantragte eine solche bei der Bürgerkassa. Der Antrag hält sich in sehr bescheidenen Grenzen. Die Teuerungszulage vom 1. Juli an — also mit rückwirkender Kraft — bis zum Ende September laufend, soll sich nur auf die Arbeiter bis 1500 Mk. Jahreslohn beziehen. Die Zulage beträgt wöchentlich für eine Familie ohne Kinder 1,50 Mk., für Familien mit Kindern außerdem 50 Pf. für jedes Kind, das das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und noch nicht selbst verdient, ferner für ledige Arbeiter, die einer Unterernährungspflicht genügen, 1,50 Mk. Bei fortwährendem Lebensmitteltenerung wird nach dem Antrage des Senats die Zahlung der Zulage über Ende September hinaus beschlossen werden. Auf Beamte und Angestellte mit kleinem Einkommen bezieht sich dieser Teuerungsantrag nicht; der Senat will in jedem einzelnen Falle von Bedürftigkeit helfen.

Der Senat hatte, bevor er über einen Teuerungszuschlag definitiv Beschluß faßte, die Handelskammer und die Gewerkskammer gutachtlich über die Sache gehört. Beide Kammern nahmen dabei einen sozial rückständigen Standpunkt ein. Uebererinnung und erünten sie ihr Gutachten dahin, daß zwar grundsätzlich einer Kriegsteuerungszulage zuzustimmen sei, diese jedoch nur auf Antrag bei nachgewiesener Bedürftigkeit und nicht über ein Gesamt-

Die Arbeiter in der russischen Invasionszeit in Lemberg.

Wie es auch den deutschen Arbeitern im Falle einer längeren russischen Invasion gegangen wäre, davon legt das jetzt für die Preußen Zeugnis ab. Insbesondere wird durch einige Artikel des Genossen Paul Dirich (der jüngst mit der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses die zehnten Gegenden bereit hat) in der Arbeiterpresse ein eindringliches Bild der furchtbaren Verheerungen gegeben.

Nach viel Ärger hat die österreichische Provinz Galizien gelitten, da sie fast ein Jahr lang in russische Hände war. In dem Gewerkschaftsorgan der österreichischen Arbeiter, „Die Einigkeit“, schildert ein Lemberger Kollege die grauenhafte Zeit in anschaulicher Weise. Wir lassen das interessante und lehrreiche Kriegsdokument nachstehend folgen:

Lemberg, 22. Juli.

Kollegen! Euer Schreiben vom 14. d. M. haben wir erhalten. Es hat uns große Freude bereitet, weil eure aufrichtige Herzlichkeit und brüderlichen Gefühle wie ein Sonnenstrahl nach langer Finsternis in unseren Herzen gewirkt haben. Ihr verlangt, wir sollen euch mitteilen, was wir unter dem Moskowitersche zu leiden gehabt haben. Alles, was wir während dieser zehnmonatigen Verfolgungen geduldig und langmütig ausgehalten haben, in man nicht imhände, auf einem Stück Papier zu schildern. Die Gefühllosigkeit und Barbarei der Russen hat manchem die Gesundheit für immer genommen, und weil es so viele traurige Fälle gab, so können nur einige hiervon hier geschildert werden.

Als die größte Tortur und das größte Leiden haben wir es empfunden, daß man uns verboten und weggenommen hat, was wir am meisten liebten: das bische Freieit, das wir uns selbst als Koloniarier in Oesterreich erkämpft haben, zu verlieren, das war uns allen am bittersten. . . Einige Tage nach dem Einmarsch der russischen Armee in Lemberg sind Verordnungen des Generalgouverneurs für Galizien erschienen, wonach „auf Grund der russischen Gesetze“ alle Klubs, Verbände, Vereine, Vereini-

gungen und Internate aufgelöst wurden. Derjenige, dem nachgewiesen wurde (was bei den Russen sehr leicht war), daß er einer solchen aufgelösten Organisation angehöre, wurde mit 3000 Rubel Geldstrafe und drei Monaten Arrest bestraft. Für uns war von größter Bedeutung, daß die Krankenkassen nicht unter diese Bestimmungen fielen, weil im Total der Krankenkasse der Buchbinder auch die Organisation ihren Sitz hat, weiter weil an dieses Lokal die Wohnung unseres Obmannes grenzt. Es ist deshalb möglich gewesen, daß hier von Zeit zu Zeit Kollegen und Kolleginnen zusammengekommen sind. Bei einer Revision, die plötzlich gekommen ist, haben alle gesagt, daß sie krank und um Anweisungen für den Arzt gekommen sind. Wir mußten uns mit dieser Ausrede schützen, weil es bei den Kollegen rutenischer Nationalität leider zwei Parteien gibt: die Ukrainer, die mit uns gegen den Zarismus kämpfen, und einige wenige Russophile, die nur auf den russischen Himmel schwören. Einzelne von diesen haben verschiedene Tricks angewendet, um darauf zu kommen, ob wir Zusammenkünfte abhalten, um die organisatorische und agitatorische Arbeit zu besprechen. Wenn sie gekommen sind und uns anhörten wollten, so haben wir keine Antwort auf ihre Fragen gegeben und haben auf die Verordnungen des russischen Gouverneurs verwiesen, nach welchen derartige Besprechungen nicht erlaubt sind. Wir haben jene, die wir nicht genau kannten und deren wir nicht sicher waren, nicht zugelassen, mit uns auch nur ein vertrauliches Wort auszutauschen.

In der Wohnung des Obmannes wurden drei nächtliche Revisionen durchgeführt; alles, was in der Wohnung war, wurde durchsucht. Solche Revisionen wurden überhaupt in vielen Wohnungen gemacht; man suchte dabei auch die österreichischen Geisungen, die bei der Abführung von den Kriegsplanen durch Lemberg verschwunden sind. Es waren ihrer eine sehr große Anzahl; man spricht von mehr als zwölftausend Soldaten, die nach der Wiedereroberung Lembergs wieder in die österreichische Armee eingereit wurden. Unter diesen sind auch einige unserer Kollegen, die bei der Eroberung Przemyßls von den Russen gefangen genommen wurden.

einkommen von 1600 Mk. hinaus gemährt werden möge. Der Senat hielt diese Höchstgrenze selbst für zu niedrig, vor allem aber die Gewährung der Zulage nur auf Antrag und bei nachgewiesener Bedürftigkeit weder für angemessen noch für in völlig gerechter Weise ausführbar.

Turlach hat rückwirkend ab 1. Juni Feuerungszulagen bewilligt, und zwar erhalten Verheiratete bis zu 4,20 Mk. Tage-lohn 5 Mk. pro Monat und für das erste Kind 3 Mk., zwei Kinder 8 Mk., drei Kinder 10 Mk., jedes weitere Kind 3 Mk. monatlich. Verheiratete bis zu 160 Mk. monatlichem Lohn oder Gehalt erhalten die Minderzulage. Ledige erhalten überhaupt nichts.

Reuschel a. d. S. In Verfolg unserer Eingabe um Feuerungszulage hat der Bauausschuß Anfang August beschlossen, daß den städtischen Arbeitern Kartoffeln verabreicht werden, und zwar erhalten Ledige 25 Pfund, Verheiratete je nach der Kinderzahl 50, 75 und 100 Pfund pro Woche. Das bedeutet zwar eine ganz ansehnenswerte Hilfe, aber im Interesse der verschiedenen Bedürfnisse der einzelnen Familie wäre eine Parzulage doch besser gewesen.

Offenbach a. M. Nach einer Eingabe unseres Verbandes beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 27. August einstimmig, für die Dauer des Krieges ab 1. Juli 1915 den zurzeit bei der Stadt beschäftigten, nicht zum Heere oder der Marine einberufenen Arbeitern und Hilfsarbeitern mit weniger als 2000 Mk. Einkommen für die Woche zu gewähren; Verheirateten ohne Kinder 1 Mk. mit 1 bis 2 Kindern 1,50 Mk., mit 3 bis 4 Kindern 2 Mk. mit mehr als 4 Kindern 2,50 Mk. Die erwerbsbeschränkten Arbeiter erhalten dieselben Sätze, jedoch bleibt der Verwaltung die Anwendung dieser Bestimmung für letztere in analogen Fällen vorbehalten.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Am Sonnabend, den 4. September, tagte im Gewerkschaftsbaue eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Vertrauensmänner und Arbeiterausschußmitglieder sämtlicher Betriebe der Gemeinden Groß-Berlins. Es wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß in den Gaswerken und Wasserwerken eine weitere Feuerungszulage bereits zur Durchführung gelangt und in den meisten anderen Betrieben eine das gleiche Ziel erstrebende Bewegung eingeleitet worden ist. Von den städtischen Behörden wird erwartet, daß in allen Betrieben mit dem gleichen Maße gemessen und entsprechenden Anträgen der Arbeiterschaft Entgeltentommen gezeigt werden wird. Nach einem ausführlichen Referat des Bevollmächtigten **Fritz Müntner** wurde der Antrag der Ortsverwaltung und der

„Erweiterten Verwaltung“, spätestens vom 1. Oktober ab eine Beitragserhöhung um 2 Pf. pro Woche vorzunehmen, unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Die Anforderungen, die der Krieg an unsere Massen stellte, und die namentlich aber nach Beendigung des Krieges noch steigen werden, machen diese Maßnahme dringend notwendig. Es wird den Mitgliedern noch Gelegenheit gegeben werden, auf dem Wege der Kräftigung sich zu dieser Frage zu äußern. Es wird erwartet, daß auch die Mitglieder einmütig dieser geringen Erhöhung des Beitrages zustimmen werden.

Dannover. Auf die erneute Eingabe unserer Organisation beschloßen die städtischen Kollegien in der Sitzung vom 26. August, allen im Anstellungsverhältnis stehenden städtischen Arbeitern und unteren Angestellten unter 2000 Mk. Jahreseinkommen eine Feuerungszulage zu gewähren. Es sollen erhalten: Verheiratete 120 Mk. und Ledige 80 Mk. pro Jahr. Die Zulage soll vorläufig bis zum März 1916 gezahlt werden. Die im Juni bewilligten Zulagen kommen damit in Wegfall. Die damals bewilligten Zulagen waren auch mehr wie dürftig, und unmöglich konnten sich die Arbeiter damit zufrieden geben. Nur ein kleiner Teil der Arbeiter erhielt eine geringe Zulage, und zwar die 4,40-Mk.-Lohnklasse 2,50 Mk., die 4,30-Mk.-Lohnklasse 5 Mk. und die niedrigeren Lohnklassen 6 Mk. pro Monat. Die während des Krieges eingestellten Arbeiter gingen leer aus. Bedauerlicherweise erhalten diese mit ohnehin niedrigeren Löhnen eingestellten Hilfsarbeiter auch diesmal nichts. Gerade da wäre eine nennenswerte Lohnzulage dringend notwendig. Die Stadtverwaltung sollte doch schließlich zu der Einsicht kommen, daß auch nur einigermaßen leistungsfähige Arbeiter zu den den Hilfsarbeitern gewährten Lohnsätzen nicht zu haben sind. Trotz der jetzigen Feuerungszulage sind die Löhne für die ständigen Arbeiter noch viel zu niedrig. Die Folge dieser ungenügenden Löhne ist, daß so mancher leistungsfähige Arbeiter aus den städtischen Betrieben ausscheidet und sich in den Privatbetrieben lohnendere Beschäftigung sucht. Daß eine große Fluktuation der Arbeiter nicht vom Vorteil für den Betrieb sein kann, sollte man schließlich auch auf dem Rathause einsehen. Deswegen sollte man die jetzigen Zulagen nicht als Feuerungszulagen, sondern als Lohnzulagen gewähren. Erst durch fortgesetztes Drängen der Arbeiter konnte sich die Stadtverwaltung auch nur zu diesem Schritt entschließen. Daraus müssen alle Arbeiter lernen, wie notwendig für jeden einzelnen auch jetzt die Organisation ist. Ohne Organisation wäre diese Zulage nicht gekommen. Darum ist es dringende Pflicht eines jeden einzelnen städtischen Arbeiters, sich dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen.

Krefeld. In der Nr. 32 der „Gewerkschaft“ verwiesen wir darauf, daß eine Versammlung, welche sich mit den Verhältnissen der städtischen Arbeiter und mit der Einreichung einer Feuerungs-

Am schrecklichsten waren die Nächte, weil jede Nacht Hundwachen die Leute direkt aus den Betten ausgehoben und zu Schanzarbeiten geführt haben, da es ihnen nicht immer gelungen ist, auf der Straße in den Proletariatsbezirken so viel Leute, wie sie hierzu brauchten, zu bekommen. Hierbei wurden die Leute mit den Zwecken zusammengefangen, so wie früher einmal der Wafenermeister die Hunde gefangen hat. Auch mehrere unserer Kollegen wurden so gefangen; einer von diesen erkrankte bei der schweren Arbeit an Lungenerkrankung. Die Verköstigung war bei diesen Arbeiten sehr mangelhaft. Zum Frühstück ein Stück Brot; zu Mittag ein Stückchen Speck und Brot; am Abend eine Schale Tee. Es hätte jeder Arbeiter einen Rubel für den Tag als Vergütung für diese Arbeiten erhalten sollen; es waren aber sehr viele unter ihnen, die für fünf und mehr Wochen Arbeit nur zwei Rubel erhielten, manche nicht einmal das. Nach Hause durfte niemand gehen; die Arbeiter mußten im Freien schlafen, direkt an der Arbeitsstelle, so wie es bei den schwersten Verbrechern in Sibirien der Fall ist. Es sind Mosaken bei den Arbeitenden als Antreiber gestanden und man durfte sich bei der Arbeit nicht einmal gerade- rufen, weil gleich der Kosak die *Ragarka* in Bewegung gesetzt und geschlagen hat, daß so mancher vor Schmerz zusammensiel. Einen jüdischen Arbeiter haben sie totgeschlagen; der Leichnam wurde nicht weggeführt und blieb eine ganze Woche liegen, zum Schrecken der anderen. Die Mosaken sagten, er bleibe liegen, bis ihn die Hunde und Raben wegraffen werden. Man konnte nicht einmal die Familie des Totgeprügelten verständigen, weil dies verboten wurde.

Wenn die Russen die deutschen und die österreichischen Gefangenen durch die Stadt geführt haben und die Leute ihnen Ehrentoren oder Tabak schenken wollten, da wurden alle mit der *Ragarka* geschlagen, und so mancher Lemberger Einwohner wird eine Narbe für sein ganzes Leben zum Andenken an diese Schreckenszeit haben.

In den Provinzstädten war es noch viel schlimmer, da war jeder Soldat der Herr; sie raubten, schlugen die wehrlosen Leute und

vergewaltigten die Frauen, so wie es ihnen nur beliebte. Während der ganzen zehn Monate russischer Herrschaft war man nicht sicher, nach Hause zurückzukehren, wenn man weggegangen war. Es sind sehr viele Fälle vorgekommen, daß Leute direkt verschwinden sind, ohne daß man von ihnen etwas erfahren konnte. Unser Obmann trug durch die ganze Zeit ein Leittagebuch der Krankenkasse bei sich zur Legitimation als Einkaffierer, um auf diese Weise der schweren Schanzarbeit oder auch der Arbeit, die Toten zu begraben, wozu die Leute gleichfalls gezwungen wurden, zu entgehen.

In den letzten drei Wochen war die gefährlichste Zeit, die die Lemberger durchzumachen hatten. Die Männer von 18 bis 50 Jahren wurden auf der Straße aufgehalten und nach Rußland weggeführt. Die Leute haben nicht gewußt, was sie anfangen sollten, um sich vor der Einführung zu retten. Ein Beamter ist voll Schrecken auf das Glasdach eines zweistöckigen Hauses entkommen, um sich zu retten, er ist durchgebrochen und heruntergefallen und sofort tot gewesen. Dies alles sind nur Fruchtteile dessen, was wir hier erlebt haben.

Als Beweis für den Charakter einzelner Herren Buchbindermeister soll folgender Fall gelten: Die Firma „Jaslad Esolinsch“ unter der Führung der Herren Semfowicz und Zybanski hat nach mehrmonatiger Pause den Betrieb wieder eröffnet und drei Arbeiter und zwei Arbeiterinnen aufgenommen, aber unter der Bedingung, daß die Arbeiter, die vorher 27 Kronen bis 30 Kronen Lohn hatten, nun für 6 Rubel und die Arbeiterinnen, deren Lohn vorher 18 Kronen betrug, für 3 Rubel arbeiten sollen, wobei noch die Feiertage abgezogen werden sollten. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter, die acht Monate arbeitslos waren, auch unter so schlechter Zahlung die Arbeit aufnehmen mußten. Es ist sicher, die Herren hätten sich mit der „russischen Freiheit“, wo die *Ragarka* regiert und jede Organisationsfähigkeit unmöglich ist, bald abgefunden.

Dies nur eine kurze Schilderung unserer schweren Schmerzen und Ängsten. Unsere Hoffnung ist, daß wir so etwas nicht mehr erleben müssen.

zulage beschäftigen sollte, polizeilich verboten sei. Da es nun nicht möglich war, öffentlich über die Feuerungszulage zu reden, wurde der Gauleiter beauftragt, eine Eingabe bei dem Oberbürgermeister zu machen. Weil die Steigerung der Preise auch in Arefeld vorhanden ist, hätten wir geglaubt, daß der Eingabe statt gegeben worden wäre. Jedoch sollten wir uns bitter getäuscht haben. Denn unter dem 2. August ging uns folgendes Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters in Arefeld zu:

Erwidern auf Schreiben vom 28. Juli 1915. Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits vor Eingang Ihres Antrages die Frage der Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an die städtischen Arbeiter geprüft und ist zu einem ablehnenden Beschlusse gelangt. Unterschrift.

Wir fragen uns nun, wie ist es möglich, daß Stadtverordnete, denen man doch ein soziales Verständnis zutrauen sollte, zu einem derartigen Beschlusse gelangen konnten. Meiner wird bestritten können, daß jeder städtische Arbeiter unter bedeutenden Mehrausgaben zu leiden hat. Jeder wird aber auch zugeben müssen, daß diese Lasten von den jetzigen Löhnen nicht bestritten werden können, wenn nicht Unterernährung in den Familien der städtischen Arbeiter Platz greifen soll. In den nächsten Tagen werden sich nun die städtischen Arbeiter abermals mit einer Eingabe beschäftigen. Öffentlich wird dieser Eingabe der Erfolg nicht versagt. An unsere Kollegen richten wir aber schon heute die Bitte, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen. Wenn kein städtischer Arbeiter in der Versammlung fehlt, dann wird man aus andere Beschlüsse fassen.

Strasbourg i. G. Am 21. August fand im „Vogelstang“ unsere polizeilich überwachte Mitgliederversammlung statt. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden Kallmann leitete sie Gauleiter Würker. Er gedachte der im Felde gefallenen Mitglieder, besonders auch der beiden Gauleiter Sebald und Weisslowsski, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Dann teilte er mit, daß in der letzten Zeit fortgesetzt Aklamationen und Einzelbeschwerden über die Nichterhaltung der Arbeitsjahrgang oder Umgehung derselben durch Betriebsvorstände erledigt werden mußten. Diefelben wurden meist in befriedigender Weise geregelt, immerhin sei es bedauerlich, daß in einer Stadt wie Strasbourg, die als sozial und fortschrittlich gelte, die Betriebsvorstände so wenig nach den Intentionen des Bürgermeisters fragen, daß sie sich lieber zu rechtfertigen lassen, ehe sie von selbst den Geist der Arbeitsjahrgang achten. Diese Rücksichtslosigkeit der Beamten sei uns so bedauerlicher, als der Bürgermeister bei Disziplinerletzungen der Arbeiter mit der ganzen Strenge einzufahren pflege. Dann wird der Bericht über die Feuerungszulage erstattet. Danach haben die bürgerlichen Parteien zunächst recht wenig Verständnis für die Notlage der städtischen Arbeiter gezeigt, indem drei Kommissionsitzungen des Gemeinderats notwendig waren, bis eine Vorlage der Verwaltung ins Plenum des Gemeinderats kam. Die Verwaltung war zwar etwas fortschrittlicher als wie die bürgerlichen Gemeinderäte, aber auch sie ist nicht so weit gegangen, wie man nach ihrer sonstigen Haltung hätte erwarten müssen. Auf ihren Antrag wurden für Ledige 4 Mk., für Verheiratete 6 Mk. und für jedes Kind 3 Mk. monatlich beschlossen. Die Anträge des Verbandes und der Sozialdemokraten wurden abgelehnt, doch hätten die Sozialdemokraten die Mehrheit gehabt und hätten ihre Anträge durchsetzen können, wenn nicht drei in der Sitzung gefehlt hätten. Wie insonderheit Stadtverwaltung und bürgerliche Parteien die Feuerungszulage behandelt haben, mag u. a. daraus ersichtlich sein, daß dem Unternehmer, der die Pferde für die Abschlacht stellt, auf seinen Antrag 10 Proz. oder 560 Mk. pro Jahr Feuerungszulage zur Pferdefütterung bewilligt wurden, und zwar rückwirkend bis Kriegsausbruch, während die bewilligte Feuerungszulage für die städtischen Arbeiter 118 Mk. pro Arbeiter mit seiner Familie, also im Durchschnitt 4—5 Köpfe beträgt. Der Vassenbericht vom 2. Quartal ergab einen kleinen Rückgang des Massenbestandes, der jetzt noch 334 Mk. beträgt. Unter „Verschiedenem“ wurden Beschlüsse vom Stadtkommissar bezüglich der Nichterhaltung der freien Tage vorgebracht. Kollege Würker sagte zu, daß dieselben genau geprüft und vorgebracht werden sollen.

Schweinfurt. Am 29. August konnte unsere Filiale auf das zehnjährige Bestehen der Organisation zurückblicken. Diesen Zeitabstand feierten wir nicht durch pompöse, rauschende Festlichkeiten, denn dazu ist die Zeit gegenwärtig zu ernst. Haben wir doch selbst mehr als 30 Kollegen bei den Föhnen stehen. Entsprechend begingen wir diesen Tag durch ernstes, kameradschaftliches Gedenken. Die Kollegen von Würzburg und Bamberg waren in größerer Zahl erschienen. Die Feier begann mit einer allgemeinen Versammlung der Mitglieder am Vormittag, in der Herr Josef Säckler in ausgearbeiteter Rede den Versammelten die inneren und äußeren Schwierigkeiten des Verbandes darlegte, die er in dieser Zeit zu überwinden hätte, gleichsam diese Zeit mit einem Wanderer vergleichend, der, zurückblickend, alle Erfolge seines Wanderns nochmals im Geiste vorübergehen läßt, sich gelobt, nicht zu ruhen, bis er das zu ersehende Ziel durch weitere Erfolge gekrönt sieht. Nicht allein in materiellen Erfolgen, sondern auch der ideelle Wert sei von nicht zu unterschätzender Bedeutung, ein reicher Erfolg gewesen. Beide verbunden, stellen

die Kräfte zehnjährigen solidarischen Strebens dar. Diefem treu zu bleiben und es weiter zu fördern, sei der schönste Gehalt dieser schlichten Erinnerungsfeier. Der Vorsitzende gab einen kurzen Abriss der geschäftlichen Tätigkeit in diesem Zeitabschnitt, worauf Kollege Kay Würzburg in herzlichen Worten namens der Kameradschaft die Grüße und Wünsche derselben überbrachte und das kameradschaftliche Einmischen derselben hervorhob. Die einfache Feier hinterließ bei den Teilnehmern den besten Eindruck.

Am Nachmittag vereinte eine Zusammenkunft die Kollegen und Freunde auf dem „Brüderbräu“ Her. Die vereinigten Arbeiterkollegen erfreuten durch einige sehr gut vorgetragene Lieder. So haben wir, mitten im wörterreichen Vortragen, die Fülle der Kameradschaft in den Kreisen der Arbeiter. Mögen sie auf dem berechneten Wege weiterarbeiten, nicht ruhen und rasten, trotz Sturm und Wettergebräu, als ein gutes Zeichen für die Zukunft.

Waldenburg i. Schl. Das Waldenburger Vergland gehört mit zu den schönsten Gegenden Deutschlands. Nicht bewohnt reibt in seinen Tälern und Schluchten sich Ort an Ort. Eine reiche Industrie beschäftigt ungezählte Tausende von Arbeitern, die der Gegend ihren Stempel aufdrücken und das Gesicht der Orte beeinflussen. Der Geist der Solidarität wird von der Arbeiterkraft dieses Gebiets seit langem hochgehalten. Die Waldenburger städtischen Arbeiter haben sich aber lange getraut, dem Zuge der Zeit zu folgen und gemeinsam mit ihren Kollegen und der gesamten Arbeiterkraft für den Kulturfortschritt zu streben. Jetzt ist auch diese Einsicht gekommen und sie wird sich mehr und mehr ausbreiten. Was Einigen vermag, lehrte uns nicht nur die Arbeiterkraft der verschiedenen Vereine und ihre Gesamtheit, auch der gegenwärtige Krieg beweist es. Nur ein einziges Volk wie das kann sich gegen eine Welt von Feinden mit Erfolg verteidigen. Und nicht nur draußen im Feindesland sind unsere Truppen tätig, im Landesinneren arbeitet alles, um die wirtschaftlichen Schäden des Krieges zu beseitigen oder zu mildern. Gerade die Gewerkschaften haben davon hervorragenden Anteil genommen, was von jedem christlichen Menschen und Vaterlandsfreund rückhaltlos anerkannt wird. Um so beruhender wirkt es, wenn in der Arbeiterkraft — die in erster Linie Solidarität üben sollte — sich Leute finden, die in ihrer Unwissenheit nichts Besseres zu tun wissen, als die so segensreich wirkenden Gewerkschaften herabzusetzen. Der etwaige Glaube, dadurch bei den Vorgesetzten sich Liebfind machen zu können, dürfte täuschend, denn der charaktervolle Vorgesetzte wird für ein solches Tun nur Verdammung haben. Wenn aber das mit der Zweck der Hebung ist, was will man dann damit? In unserem Orte ist ein ehemaliger Kleinführer, jetzt städtischer Amalgamateur G. Hilliger, der sich in dieser ernsten Zeit nicht besser zu betätigen weiß, als daß er die Gewerkschaften der Metall- und Gemeindegewerkschaft verleumdet. Allen Ernstes vertritt er die von ihm aus der Luft gegriffene Behauptung, die Mitglieder dieser Verbände würden um die ihnen zulebenden Unternehmungen betrogen. Nicht den Schwören eines Beweises kann der Mann dafür anführen. Im Gegenteil, die Gewerkschaften geben nicht selten über die im Statut vorgegebenen Unternehmungsjahre hinaus, und nicht ein Mensch kann den Nachweis führen, daß er auch nur einem Groschen weniger erhalten habe, als ihm zuzustand.

• Notizen für Gasarbeiter •

Kommunalisierung der Frankfurter Gasgesellschaft. Ein Ereignis ist in Frankfurt a. M. für die städtischen Arbeiter von weittragender Bedeutung geworden. Die Stadtgemeinde hat sich in den Besitz des größten Teiles der Aktien der Frankfurter Gasgesellschaft gesetzt. Von dem insgesamt 13.600.000 Mk. betragenden Aktienkapital gehören jetzt 10.855.000 Mk. der Stadt, während nur der Rest von 2.745.000 Mk. sich vorläufig noch in privaten Händen befindet. Nachdem nun die Stadtgemeinde sich im Besitz von fast vier Fünfteln des gesamten Aktienkapitals befindet, wird auch Mitgliedern des Magistrats wie auch der Stadtverordnetenversammlung ein im Aufschubstrat der Frankfurter Gasgesellschaft, welche vorläufig noch die Form der Aktiengesellschaft behält, eingeräumt werden müssen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer 241 vom 31. August 1915, daß die Gasfabrikation von nun an als ein fast rein städtisches Unternehmen gelten kann. Aus zwei Ursachen heraus erklärt sich die Verstaatlichung gerade jetzt in der Zeit des Krieges. Einmal will man das englische Kapital in Deutschland ausbaldern, weiterhin betrachtet es die Stadt als eine höchst erwünschte Gelegenheit, sich gerade in einer Zeit vorteilhaft eine gut fließende Einnahmequelle aneignen zu können, in der infolge des Krieges der Stadt ungeheure Schulden zur allmählichen Tilgung überlassen sind. Die „Kff. Volksstimme“ schreibt denn auch: „Mit Recht bezeichnet Oberbürgermeister Voigt den Tag des Vertragsabschlusses als einen glücklichen Tag für die Stadt Frankfurt. Denn dadurch ist die Stadt über eine Reihe Schwierigkeiten hinweggekommen, die sich zweifellos 1920 oder zu einem späteren Termine ergeben

hätten, wenn die Stadt das Gaswerk hätte erwerben wollen." Alle Reaktionen haben dem Kauf zugestimmt. — Wie weit der mit unserer Organisation abgeschlossene Tarifvertrag von dem Anlauf beruht wird, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Jedenfalls werden wir alles tun, um die Rechte der Gasarbeiter wahrzunehmen. Auch in Zukunft werden wir auf die tarifliche Regelung mit aller uns zur Verfügung stehenden Macht dringen. Damit ist nicht ausgesprochen, daß wir hier bis in alle Einzelheiten an der bisherigen Regelung des Arbeitsverhältnisses festhalten wollen. Der allem Arbeiterrecht widersprechende Zustand in den meisten städtischen Betrieben Frankfurts kommt mit der geschehenen Verhandlung der Gasproduktion ins Wanken. Die Gasarbeiterchaft wird sich und unablässig an ihrer Mitwirkung bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse festhalten. Sie wird sich auch ihre eigenen Rechte nicht nehmen lassen. Damit wird in das bisherige Willkürprinzip der übrigen städtischen Betriebe Freischießung gegeben.

So hat die Verhandlung der Gaswerke für die Gasarbeiter keine Bedenken. Für die Arbeitsverhältnisse der übrigen städtischen Arbeiterchaft wirkt sie hoffentlich reformierend. Wir werden es uns anlegen sein lassen, den Kurs der Magistratspolitik so zu beeinflussen, daß zur Aufrechterhaltung einer demokratischen Verwaltung ein einheitliches Lohnsystem geschaffen wird, das bei aller Gleichmäßigkeit auch Raum für die Berücksichtigung technischer Eigenheiten gewährt. Wir wollen dahin arbeiten, daß die städtischen Arbeiter und die sich aus den Gasfabriken und aus den ihrer Verabreichung ebenfalls entgegengehenden Theater- und rekrutierenden künftigen städtischen Arbeiter sich wohl fühlen. Aber auch die außergewöhnlich und nicht zu ihrem Vorteil geordnet behandelten Arbeiter des Zoologischen Gartens sowie der seit des sich zwischen Beamtentum und Arbeiterchaft zerreißenden Bedienstetenpandes und die Mannschaft der Feuerwehre müssen die zu ihrem Vorwärtkommen notwendige Ellenbogenfreiheit genießen.

Hannover. Eine gut besuchte Versammlung der Laternenwärtler läßt am 3. September im Lokal Tannenbata. Die Erregung unter diesen Arbeitern ist besonders groß, da man alle Schritte um Gewährung einer Feuerzulage bisher rundweg abgelehnt hat. Kollege Meißner referierte über: „Die wirtschaftliche Lage der Laternenwärtler während der Kriegszeit“. Medner führte aus, daß die jetzigen Bezüge der Laternenwärtler schon seit Jahren aufbesserungsbedürftig sind. Die Fernzündwärtler haben, solange die Fernzündung besteht, noch keine Zulage erhalten. Löhne, die man vor acht Jahren festgesetzt hat, waren schon lange vor dem Kriege nicht mehr den wirtschaftlichen Verhältnissen am Orte angepaßt. Jetzt aber in der Kriegszeit, wo alle Lebensmittel und Bedarfsartikel Preissteigerungen bis zu 300 Proz. und darüber zu verzeichnen haben, war eine durchgreifende Aufbesserung der bisherigen Bezüge schon längst notwendig. Allen übrigen Arbeitergruppen des Gaswerks hat man Feuerzulagen gewährt, nur die Laternenwärtler erhalten nichts. Es ist außerordentlich bezeichnend für die Stadtverwaltung, die jetzt das Gaswerk im Interesse der englischen Kapitalisten verwaltet, daß man den deutschen Arbeitern zumutet, länger noch wie bisher für billigen Lohn für die englischen Kapitalisten zu frenen. Allgemein bezeichnet man England als den Hauptfeind, der den gegenwärtigen Krieg verursacht habe. England ist es, das keinerlei Lebensmittel nach Deutschland hineinläßt und somit die jetzige außerordentliche Feuerung zum Teil mitverschuldet. Was läge nun näher, als daß man den deutschen Arbeitern in den Betrieben, die englischen Kapitalisten gehören, Löhne gewährt, bei denen es ihnen möglich ist, in der jetzigen Zeit der allgemeinen Feuerung auch einermögen als Menschen leben zu können. Aber die Stadtverwaltung Hannover als Verwalter des englischen Gaswerks weist die deutschen Arbeiter mit ihrem berechtigten Erjuben zurück, damit den englischen Kapitalisten der Profit nicht schmälert wird. Allerdings tragen die Arbeiter selbst die größte Schuld an dieser Behandlung. Die große Mehrzahl kümmert sich nicht um ihre eigenen Angelegenheiten. Das Verhalten dieser Leute bleibt nicht ohne Einfluß auf die Maßnahmen der Verwaltung. Soll auch für die Laternenwärtler etwas geschehen, dann müssen wir der Verwaltung ein Bild der Einigkeit und Geschlossenheit zeigen. Auch die Laternenwärtler können ihre jetzige schlechte wirtschaftliche Lage verbessern und Erfolge erzielen, wenn sie sich alle der Organisation, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, anschließen. — Der lebhafteste Beifall, der dem Medner zuteil wurde, und mehrere Neuaufnahmen beweisen, daß es auch unter den Laternenwärtlern zu dümmen beginnt und daß man auch da die Organisation als einzige Rettung aus wirtschaftlichen Nöten betrachtet. Es wurde noch beschlossen, der Gaswerksverwaltung erneut die Forderungen der Arbeiter zu unterbreiten, und zwar soll eine Zulage von 50 Pf. pro Tag gefordert werden. Die Verbandleitung wurde beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen.

Rundschau

Das Neue. Ein neues muß entstehen . . . So sprach der deutsche Reichskanzler, und diese Hoffnung tragen alle in sich, denen die furchtbaren Opfer des Weltkrieges aus Herz greifen. Jeder hat das Gefühl, dieser Krieg, der die schrecklichste Prüfung ist, die das Menschengeschlecht in dem ganzen Verlauf seiner Geschichte erfahren hat, könne nicht ohne die tiefsten Wirkungen bleiben, müsse etwas schaffen, leiten, bringen, das von dem bisherigen Gesellschaftszustand durchaus wegensverschieden ist, er müsse etwas Neues hervorbringen, das die Zeit nach dem Kriege von der Zeit vor dem Kriege von Grund aus unterscheiden, voneinander scheiden wird. Die Menschheit sieht noch nicht, was es werden will, aber sie hat eine unbestimmte Empfindung, daß es etwas Neues sein muß. Sie wünscht es herbei, sie sehnt sich danach, sie hofft darauf. Aber was könnte dieses Neue wohl sein, daß wir es als Befreiung vom alten empfinden, daß wir es als eine gewaltige Entwicklungsstufe werten könnten? Woran leidet die Welt und was fehlt ihr? Dieses „Neue“ ist in den außer- und innerpolitischen Wirkungen des Krieges, wie sie von dem Siege erlebt werden, nicht beschlossen. Sicherlich, die Menschheit hofft, daß aus dem Kriege eine neue europäische Ordnung entstehen wird, daß der Zustand der bewaffneten Feindseligkeit der Staaten gegeneinander schwinden und der Haß und Reid zwischen ihnen allmählich jener reineren und edleren Auffassung von dem sachgemäßen Verhältnis der Kulturvölker weichen werde; daß, wenn auch nicht in der äußerlichen Form, doch in der inneren Idee aus dem Kriege jene vereinigten Staaten von Europa erblühen werden, in denen die Sicherheit jedes einzelnen verbürgt und die Voraussetzung des Gedeihens aller geschaffen ist. Die Völker hoffen auch auf eine andere Ordnung im Innern der Staaten: sie rechnen darauf, daß die Frucht des Krieges für sie eine größere politische und geistige Freiheit sein wird, innerhalb deren es jene Schranken nicht mehr geben kann, die heute als Unrecht an den vielen, als Vorrecht für die wenigen die politische und geistige Entwicklung der Nationen hindern und aufhalten. Aber das alles sind die Wünsche und Hoffnungen der Völker. Wenn ihre Erfüllung das Sicherheits- und Glücksgefühl des einzelnen auch verstärken würde, so trägt jeder Mensch in seinem Innern doch auch gleichsam eine Hoffnung für sich: daß sein persönliches Leben nach dem Kriege von einem schweren Druck befreit sein wird, von seinem individuellen Dasein eine Last abgenommen werden wird; daß die Hemmnisse, die vor seiner eigenen Entwicklung und derjenigen, in denen er sich fortsetzt, vor der Entwicklung seiner Kinder stehen, wegsallen werden: daß auch für den einzelnen Menschen ein Reich der Freiheit anbrechen werde. Dieses ist wohl das Neue, auf das die Menschheit wartet und was sie, unklar vielleicht und unbewußt, so sehnsüchtig herbeiwünscht. Das ist beileibe nicht einzuordnen in jenen „ökonomischen Aufschwung“, von dem man meint, daß er nach dem Kriege kommen werde. Aufschwung? Das Wort des Reichskanzlers tönt schneidend in alle diese Erwartungen: „Dieser Krieg wird ein aus tausend Wunden blutendes Europa zurücklassen!“ Nach dem Kriege werden die Völker — alle, wie die unterliegenden so die siegreichen — ihre zuckenden und blutenden Wunden zu verbinden haben. Bevor nur der wirtschaftliche Stand vor dem Kriege erreicht sein wird, werden Jahrzehnte vergehen. Vielleicht werden erst unsere Enkel das fruchtbarere und blütenreiche Land sehen, das wir mit dem Weltkrieg zerstört haben. Aber was ist es denn mit jener wirtschaftlichen Konjunktur, mit jenem ökonomischen Aufschwung, deren Aussicht uns über die Leiden und Opfer des Krieges trösten soll? Das ist wieder nur Gewinn, Reichtum und Lebensbegehren für die Wenigen; für die Massen, für den größten Teil der Nationen, aber nicht mehr als gerade die Sicherung der nackten Notdurft, nicht mehr als die Wahrscheinlichkeit, für viel Arbeit ein farges Leben führen zu können. Aber da wir wahrnehmen, wie die ungeheure Leistung des Krieges durch gleichmäßige Anspannung der Volkskraft bewältigt wird, so haben wir — nicht bloß wir Sozialisten, sondern es haben es eigentlich alle, die von der Ordnung dieser Welt benachteiligt sind, ohne daß sie sich bisher zu der Mitarbeit durchgearbeitet hätten, wo deren Wurzel zu finden und zu fassen ist —, haben wir alle das Gefühl, daß eine bewußte, planmäßige Organisation des Arbeitens und Verteidigens es wohl vermöchte, dem Mangel und der Bedürftigkeit in der Welt ein Ende zu machen, daß sie wohl in stände wäre, die materielle Not zu vertreiben, jedem Gliede der Menschheit Behagen zu gewähren und so die Entwicklung der Persönlichkeit, die geistige Entwicklung des einzelnen und der Gesamtheit, von den Hindernissen zu befreien, welche die wirtschaftliche Minderheit, die materielle Ungleichheit vor der überwiegenden Mehrheit der Volksgenossen

auftrichtet. Dieses ist das Neue, das die Menschen erleben. Das ist es, was im Bewußtsein aller Mühseligen und Beladenen als Hoffnung lebt und weht. Anders soll die Welt werden, aber anders wird sie erst und nur dann, wenn der Agrar und der Hebel in der Welt, das blut und krämervolle Unrecht der wirtschaftlichen Verzerrung der Menschheit beseitigt sein wird. Die Wahrheit ist, daß die Menschen auf die Verwirklichung von dem Trübe hoffen, der von der ökonomischen Misgestaltung der Welt ausgeht. Die Wahrheit ist, daß sie, obwohl sie es kaum ahnen, geschweige wissen, darauf rechnen, daß dem Weltkrieg die segensreiche Ordnung des Sozialismus entspringen müsse, daß sie darauf hoffen, sie werde aus ihm erblühen.

Änderungen zum Reichsvereinsgesetz. In der Sitzung des Reichstags am 27. August wurden die von der achten Kommission des Reichstags gestellten Änderungen zum Reichsvereinsgesetz angenommen. Beantragt wurde: 1. Es solle das Reichsvereinsgesetz dahin ergänzt werden, daß Gewerkschaften unter keinen Umständen als politische Vereine betrachtet werden können; 2. sollen die Bestimmungen über den Gebrauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen aufgehoben werden; 3. soll auch das Verbot der Teilnahme von Jugendlichen an politischen Vereinen und Versammlungen aufgehoben werden. Wegen die angenommenen Änderungen stimmten nur Konservative, Reichsvereiner und Nationalliberale. In einem längeren Artikel nimmt auch die „Deutsche Arbeiterzeitung“ Stellung. Wie nicht anders nach ihrer Haltung in solchen Dingen zu erwarten, ist sie gegen die geplante Reform. Auch sie kann den Gewerkschaften nicht jede Anerkennung für manche erfüllte Aufgabe im Verlauf des Krieges abprechen. Doch meint sie: „Welche Sicherheit haben wir, daß auch nach überwundener Not und Gefahr die Gewerkschaften fortfahren werden, eine Politik zu treiben, die der nationalen Wohlfahrt in jeder Beziehung entspricht?“ Die „Arbeiterzeitung“ ist aber aus Prinzip dagegen, daß in der inneren Politik die Regierung auch zur Neuorientierung weigt. Darum warnt sie auf diesem Wege nicht weiter zu geben, mit folgenden Ausführungen: „Die Tragweite der vorgeschlagenen Änderungen darf nicht unterschätzt werden. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die sowohl für sich allein die größte Aufmerksamkeit verdient, als auch darum, weil hiermit offenbar eine Bahn betreten werden soll, auf der uns noch allerhand andere Überraschungen bevorstehen würden. Hoffentlich dringt, wie es den Anschein hat, auch in den maßgebenden Kreisen die von uns vertretene Anschauung durch, daß es jetzt nicht die richtige Zeit ist, über so bedeutungsvolle und scharf umstrittene Gegenstände grundlegende Entscheidungen zu treffen. Sollte trotzdem immer wieder der Versuch gemacht werden, auf dem Gebiete der inneren Politik tiefgreifende Reformen herbeizuführen, und sollte die Regierung sich bereithalten, solchen Drängen mehr oder minder nachzugeben, so wird es für diejenigen, die in solcher Politik eine nicht unbedeutende Gefahr für das Gemeinwohl erblicken, zur unabwendbaren Pflicht werden, auch ihrerseits alle Bedenken und Gegenränder rücksichtslos in die Waagschale der öffentlichen Erwägung zu werfen.“ — Das ist gewiß deutlich den Standpunkt gewisser Unternehmerkreise klargelegt. Der Arbeiterschaft ist er nicht neu, doch ist es notwendig, wieder einmal daran zu erinnern.

◆ Briefkasten ◆

In der Notiz „Unsere Verbandsangestellten im Felde“ sind zum Teil die Zeilen falsch zurückgestellt. Die 9. bis 5. Zeile von unten müßten acht Zeilen weiter vorn stehen. Wir bitten das zu berücksichtigen und dabei sich nachfolgende Plauderei aus der Tagespresse vor Augen zu halten: „Der schwarze Teufel, Teufel sind Artillerie, die weder der Seer noch Morretor entdacht, sondern nur der Leser. Während manche Völler für die Fehler der Regierung büßen müssen, muß für den Druckfehler seines Plattes, den er nicht gemacht hat, der Redakteur büßen, und zwar doppelt: einens ärgert er sich selbst, und dann ärgern ihn sieben geschickte Leser. Druckfehler gehören zu den unvermeidlichen Eigenschaften jedes Druckerzeugnisses, das in fliegender Eile und Hast hergestellt werden muß. Sie verhalten sich wie Rost und Eisen, wie die Dose zum Wein, nur mit dem Unterschied, daß vor dem Druck noch niemand weiß, ob sie fehlen oder ob sie da sein werden. Wandler Sag wird überhaupt erst lebenswert durch einen Druckfehler. Der Schriftleiter freilich kann davon sagen: „Nur wer die Praxis kennt, weiß, was ich leide.“ Solange müßigt und geungen wird, wird es Schreib- und Druckfehler geben. Es scheint ein alter Malenderreim am besten darauf zu passen:

Ob, Leser, nicht so scharf auf alle Fehler acht,
Denn niemals ist ein Blatt und der, der es gemacht,
Und der, der es gelesen,
Von Fehlern frei gewesen.

Vom zweiten Herbst.

Das wird ein Herbst, so herb, wie keiner war.
Wir sehn den Glanz der Gärten lächelnd fallen,
und in der Tage mahnendes Verhalten
misch sich kein Laut der kühlen Menschenschar.
Verlassen liegt das Land im bleichen Licht.
Wir fühlen nicht des Raums entfesselte Leere,
und in des Abends allzufrühe Schwere
klingt des Vergehens große Klinge nicht.
Uns wird ein anderer Herbst im westen Jahr.
In heiligem Schmerz ringt Volk um Volk die Hände,
doch in die Himmel heiße Opferbrände
entloben jedem irdenen Altar.
Weit ist kein Haus, das nicht der Herbst geweiht,
der ewige Herbst, enthoben allem Doffen.
Des Todes eigener Traum ward überstossen.
Da schweigt der Menschenschmerz. Da sagt die Zeit.
Friedrich Junger.

Totenliste des Verbandes.

Paul Albert, Gera Steinmey † 28. 8. 1915, 35 Jahre alt.	Gustav Haag, Gera Straßenreinigung † 22. 8. 1915, 73 Jahre alt.
Lorenz Diehl, Offenbach a. M. Spengler im Gaswerk † 23. 7. 1915, 61 Jahre alt.	Heinrich Vape, Hamburg Masch.-techn. Abteilung † 1. 9. 1915, 54 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

Richard Brunken, Hamburg am 24. Juli im Alter von 45 Jahren im Osten gefallen.	F. Köster, Hbg.-Bullenhausen am 9. August im Alter von 33 Jahren im Osten gefallen.
Wili Dollhardt, Lichtenberg Gasarbeiter, am 15. Juli im Alter von 35 Jahren gefallen.	Hermann Wöller, Hamburg am 6. August im Alter von 34 Jahren im Westen gefallen.
Walter Dreger, Hamburg am 9. August im Alter von 27 Jahren im Osten gefallen.	A. Mücke, Friedrichshagen Wasserwerksarbeiter, a. 17. Aug. im Alter von 45 Jahren gefallen.
Robert Klade, Berlin Gasarbeiter, am 7. August im Alter von 21 Jahren gefallen.	Jak. Prigge, Hbg.-Neuenfelde am 31. Mai im Alter von 29 Jahren im Osten gefallen.
Hermann Frederich, Burg am 11. August im Alter von 31 Jahren in Rußland gefallen.	Franz Raabe, Eschenborn am 3. August im Alter von 31 Jahren in Rußland gefallen.
E. Fribe, Wernmünde, am 9. Juli, im Felde gefallen.	Emil Rodewald, Hamburg am 25. Juli im Alter von 44 Jahren im Lazarett verstorb.
Berthold Haase, Breslau am 27. Juli im Alter von 31 Jahren gefallen.	Franz Kühnan, Hamburg am 26. August im Alter von 35 Jahren i. Lazarett verstorb.
Joh. Heiduck, Magdeburg am 24. August im Alter von 34 Jahren gefallen.	Karl Schönborn, Berlin am 4. August im Alter von 26 Jahren gefallen.
F. Hoffketter, Mülhausen i. E. am 29. Juli im Alter von 36 Jahren in Galizien gefallen.	Franz Smolka, Berlin Gasarbeiter, am 1. August im Alter von 24 Jahren gefallen.
Wilhelm Kask, Kottbus am 2. August infolge einer schweren Verwundung gestorb.	Johannes Stoff, Hamburg am 24. August im Alter von 45 Jahren im Lazarett verstorb.
H. Kock, Hbg.-Werkingsbüttel am 15. August im Alter von 34 Jahren im Osten gefallen.	Adolf Strükmann, Bielefeld im Alter von 34 Jahren gefallen.

Chre ihrem Andenken!